



EEG-Reform: Die Energiewende verlässt den Schonraum

Ute Pappelbaum

Fast 25 Jahre lang folgte die deutsche Energiewende einer einfachen Logik: Wer Windräder oder Solaranlagen errichtete, erhielt für den eingespeisten Strom eine gesetzlich garantierte Vergütung. Der Ausbau hatte Vorrang. Ob das Stromnetz die zusätzlichen Strommengen bereits aufnehmen konnte, spielte für die Investitionsentscheidung nur eine untergeordnete Rolle. Entstanden Engpässe, wurden sie später über den Netzausbau oder kostspielige Eingriffe der Netzbetreiber ausgeglichen.

Das wirkt auf den ersten Blick wie eine technische Reform. Tatsächlich verändert sie die ökonomischen Spielregeln der Energiewende grundlegend.

Der eigentliche Rohstoff heißt künftig Netzkapazität

Über Jahre galt Wind oder Sonneneinstrahlung als entscheidender Standortfaktor. Wer den höchsten Energieertrag erwartete, investierte dort, wo die natürlichen Bedingungen optimal waren. Die Folgekosten trug weitgehend das Gesamtsystem.

Dieses Prinzip stößt inzwischen an seine Grenzen. Die erneuerbaren Energien produzieren heute längst nicht mehr zu wenig Strom, sondern zunehmend zur falschen Zeit oder am falschen Ort. Immer häufiger müssen Netzbetreiber Kraftwerke herunter- oder hochfahren, Windparks abregeln oder Strom über weite Strecken transportieren. Allein die Redispatch-Kosten belaufen sich inzwischen auf mehr als drei Milliarden Euro jährlich.

Genau an diesem Punkt setzt die Reform an. Erstmals wird Netzkapazität selbst zu einem ökonomischen Produktionsfaktor. Ein Standort ist künftig nicht mehr allein deshalb attraktiv, weil dort viel Wind weht oder die Sonne häufig scheint. Entscheidend wird ebenso, ob die erzeugte Energie wirtschaftlich in das Stromsystem integriert werden kann.

Damit verändert sich das Investitionskalkül fundamental.

Das EEG verabschiedet sich schrittweise von seiner eigenen Grundidee

Die eigentliche Zäsur liegt jedoch tiefer. Das EEG war ursprünglich ein industriepolitisches Instrument. Es sollte Investitionen ermöglichen, indem es Marktrisiken weitgehend vom Staat übernahm. Genau dieses Versprechen wird nun schrittweise zurückgenommen.

Neue Anlagen sollen ihren Strom künftig grundsätzlich selbst vermarkten. Die klassische Einspeisevergütung verliert ihre zentrale Funktion. Preisrisiken, Vermarktungsaufwand und teilweise auch Netzrisiken wandern zurück zu den Investoren.

Das bedeutet keineswegs das Ende staatlicher Unterstützung. Mit Contracts for Difference bleiben Absicherungsinstrumente erhalten. Der Unterschied besteht jedoch darin, dass Förderung künftig stärker an Marktpreisen gekoppelt wird. Übergewinne fließen zurück, statt dauerhaft bei den Betreibern zu verbleiben.

Aus einer Förderpolitik wird damit zunehmend eine Politik der Marktintegration.

Mehr Markt – aber kein Rückzug des Staates

Die Bundesregierung begründet den Kurswechsel mit mehr Markt und mehr Wettbewerb. Tatsächlich enthält die Reform zahlreiche marktwirtschaftliche Elemente. Wer an einem ungünstigen Standort baut, soll die daraus entstehenden Kosten künftig stärker selbst tragen.

Doch der Staat zieht sich keineswegs zurück.

Er definiert Ausbaupfade, steuert Standorte indirekt über Netzengpässe, priorisiert Netzanschlüsse und legt fest, unter welchen Bedingungen Fördermechanismen greifen. Die Marktkräfte erhalten mehr Bedeutung – allerdings innerhalb eines enger gesetzten ordnungspolitischen Rahmens.

Gerade darin liegt der eigentliche Wandel. Der Staat fördert nicht mehr möglichst jede zusätzliche Kilowattstunde erneuerbaren Stroms. Er beginnt, das Gesamtsystem zu steuern.

Gewinner und Verlierer entstehen künftig durch Systemeffizienz

Besonders deutlich zeigt sich dieser Wandel bei der Photovoltaik.

Kleine Dachanlagen verlieren schrittweise ihre dauerhafte Förderung. Die Bundesregierung argumentiert, dass viele dieser Investitionen inzwischen auch ohne staatliche Unterstützung wirtschaftlich seien. Gleichzeitig rücken große Freiflächenanlagen stärker in den Mittelpunkt, weil sie deutlich günstigere Stromgestehungskosten erreichen.

Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist diese Entscheidung nachvollziehbar.

Volkswirtschaftlich entsteht jedoch ein Zielkonflikt. Dachanlagen stärken Eigenversorgung, regionale Wertschöpfung und dezentrale Versorgungssicherheit. Freiflächenanlagen maximieren dagegen Skaleneffekte und Kosteneffizienz. Die Reform priorisiert damit eindeutig niedrigere Systemkosten.

Auch bei Windkraft verändert sich die Logik. Regionen mit dauerhaft überlasteten Netzen verlieren an Attraktivität, weil Entschädigungen für Abregelungen künftig entfallen können. Das reduziert Fehlanreize, erhöht aber gleichzeitig regionale Investitionsrisiken.

Nicht jede Kilowattstunde besitzt künftig denselben wirtschaftlichen Wert.

Die Energiewende wird erwachsen

Lange wurde der Erfolg der Energiewende an installierten Gigawatt gemessen. Diese Kennzahl verliert an Aussagekraft. Entscheidend wird künftig, wie effizient neue Kapazitäten in ein bereits hochkomplexes Stromsystem integriert werden können.

Damit verändert sich auch die politische Debatte. Nicht mehr die Frage „Wie viel erneuerbare Energie?“ steht im Mittelpunkt, sondern „An welchem Ort, zu welchem Zeitpunkt und zu welchen Systemkosten?“

Das ist der eigentliche Paradigmenwechsel, von dem Katherina Reiche spricht. Die Bundesregierung beendet nicht die Energiewende. Sie beendet das Zeitalter, in dem Ausbau allein als Erfolgskriterium genügte. Künftig muss jede zusätzliche Kilowattstunde auch einen Beitrag zur Stabilität und Wirtschaftlichkeit des Gesamtsystems leisten.

Netzkapazität wird zum entscheidenden Engpass der Energiewende

Die EEG-Novelle ist weniger eine Reform des Förderrechts als eine Neuordnung der Investitionslogik. Denn der Engpass der Energiewende liegt nicht länger bei der Erzeugung erneuerbarer Energie, sondern bei ihrer Integration in ein komplexes Stromsystem.

Daraus folgt unmittelbar, dass Netzkapazität zum neuen Knappheitsfaktor wird und Systemeffizienz zum entscheidenden Maßstab politischer Entscheidungen avanciert.

Die zweite Phase der Energiewende beginnt daher nicht mit mehr Windrädern oder Solaranlagen, sondern mit einer grundlegenden ökonomischen Einsicht: Aus der Knappheit der Netzkapazität ergibt sich zwingend, dass nicht die zusätzliche Erzeugung über den Erfolg des Energiesystems entscheidet, sondern ihre effiziente Einbindung in die bestehende Infrastruktur.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4951136/EEG-Reform-Die-Energiewende-verlaesst-den-Schonraum/>